

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post. Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
wöchentlich für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige. Porto extra

62. Jahrgang Leipzig, den 22. März 1924 Nummer 25

Zur Preisentwicklung im Buchgewerbe

II.

Das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ hat in seinen Nr. 45 und 47 (22. und 28. Februar 1924), wie wir schon in voriger Nummer mitgeteilt haben, der „Zeitschrift“ Veranlassung gegeben, sich an der Gebilfenchaft in ganz verwegener Weise zu reiben. Unsere diesbezügliche Abreibung im ersten Artikel zu diesem Thema wird dem Verfasser dieser Anrempelungen der Gebilfenchaft und des „Korr.“ im Prinzipalsorgan zu einer höchst heilsamen Ernüchterung verholfen haben. Nun verbleibt uns noch die Aufgabe, den eigentlichen Urheber dieser Auseinandersetzung über die Preisentwicklung im Buchgewerbe, d. h. den Buchhändler und Verleger, ebenso gewissenhaft aufs Dach zu steigen, insbesondere aber deren vermeintliche Berechtigung zu solchen von Mißbrauch des Urheberrechts geschwängerten Vorlesungen über den Druckpreisetarif etwas näher zu untersuchen. Dürfen wir nicht mit der wenig erfreulichen Tatsache zu rechnen, daß sowohl Rabbin wie König, d. h. beide Parteien im buchgewerblichen Unternehmerlager, auf dem Preisgebiete gleiche Krappen tragen und in puncto soziales Verständnis für die Lage der buchgewerblichen Arbeiterkraft ziemlich gleichartig und sozusagen erblich belastet sind, so wäre diese Aufgabe für uns zweifellos viel dankbarer. So aber, wie die Dinge im Buchdruckgewerbe, wie im Buchhandel und Verlag liegen, ist die Lächerlichkeit der beiderseitigen Herrschaften auf dem Preisgebiete beinahe mit der Ähnlichkeit flammender Zwillinge zu vergleichen.

Trotzdem glauben wir zu der Behauptung berechtigt zu sein, daß von allen Unternehmerorganen gerade das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ sachlich und moralisch am wenigsten dazu berufen ist, in Fragen der Preis- und Lohngestaltung im deutschen Buchdruckgewerbe sich aufs hohe Pferd zu setzen. Denn die heutigen Bücherpreise, wie sie nach der Verkaufsordnung des Börsenvereins der Buchhändler für alle Buchhändler oder Verkäufer vorgeschrieben sind und infolge der geradezu betriebsgefährlichen Organisationsverhältnisse im deutschen Buchhandel viel strenger eingehalten werden als in jedem andern Handelszweig, übertreffen das von uns bemängelte Verhältnis der heutigen Preise nach dem Druckpreisetarif im Vergleich zur Friedenszeit schon bei den einfachsten Verlagswerken um mindestens das Doppelte, bei besseren Werken sogar um das Drei- und Mehrfache. Die heutigen Bücherpreise können daher mit dem Druckpreis noch mit dem heutigen Papierpreis entschuldigt werden. Denn sowohl der erstere wie der letztere trägt durchschneidend insbesondere den Verlegern oder Buchhändlern gegenüber noch nicht einmal die Hälfte mehr als im Frieden, während die Bücherpreise unter dem Diktat des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler um durchschnittlich mindestens 100 Proz. höher sind, als dies nach dem heutigen Stande der Druck- und Papierpreise und insbesondere auch nach den Löhnen und Gehältern im Buchhandel berechnungsmäßig wäre. Selbst die „Zeitschrift“, die sich bei den Verlegern gewiß nicht so sehr in die Kesseln setzen möchte, schreibt, daß es keine Seltenheit sei, daß ein Buch, das 1 M. herzustellen kostet, mit 6 M. verkauft wird. Und mit Recht bemerkt sie dazu, daß selbst wenn der Sortimentler 40 Proz. bekommt und für das Honorar noch 10 Proz. des Verkaufspreises abgeben würden, bliebe immer noch ein Nutzen, der ganz bedeutend über dem des Buchdruckers steht. Wir stimmen auch der „Zeitschrift“ zu, wenn sie der Ansicht Ausdruck gibt, daß es „schließlich vielleicht auch nicht immer notwendig sei, daß der Sortimentler mit einem Bruttoumsatz von 30 bis 50 Proz. arbeite. Man könnte auf diese Weise sehr leicht feststellen, auf welchen Konto die Verteuerung der Bücher kommt“. Es ist hierbei zu beachten, daß der Sortimentler sich ja nicht auf den Friedenspreisen, sondern auf den viel höheren Gegenwartspreisen aufbaut! Mit dem weiteren Hinweis zwischen „Zeitschrift“ und „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ wollen wir uns nicht befassen. Nur sind wir der Auffassung, daß mit dieser Art „Enthüllung“ die „Zeitschrift“ die Unternehmerrichter noch weit mehr in Unkenntnis bringt als das „Börsenblatt“. Denn das letztere hat wenigstens im vorliegenden Falle den Anspruch gemacht, wonach seine Enthüllungen über den Zusammenhang der Geschäftsverhältnisse entstammen könnten, worauf ja auch die „Zeitschrift“ herabzufallen ist; was aber nun die „Zeitschrift“ selbst zur Preisbildung des Buchhandels sagt, das ist offenes Unternehmerrichter und dürfte daher weit spenter als „Vorurteil“ oder massenhafte Verleumdung auf Ver-

legerseite zu bewerten sein, wenn auch der Seltenheit auf die Sortimentler die Sache etwas abzuschwächen versucht.

Für uns ist jedoch neben der noch weit größeren Preistreibererei im Buchhandel nach die Tatsache von besonderer Bedeutung, daß die buchhändlerische Kritik der Druckpreise von einer Seite ausgeht, die hinsichtlich strengster Preisdurchsetzung die schärfsten Bedingungen für ihre Organisationszugehörigen festgelegt hat und unerbitlich auf deren Einhaltung bedacht ist. Sowohl die Organisationsabhangigkeiten wie der Preisetarif oder wie der buchhändlerische Terminus technicus dafür lautet: die Verkaufsordnung des Börsenvereins Deutscher Buchhändler, sind derart swangsaft und willkürlich, wie sie nicht einmal in den größten und stärksten Syndikaten oder Kartellen der ganzen übrigen kapitalistischen Welt zu finden sind. Und diese Herrschaften haben trotzdem den Mut, gegen den im Vergleich zu ihren eigenen Profitsünden noch als harmlos erscheinenden Aufbau des Druckpreisetarifs und seine Hochhaltung Sturm zu laufen!

Schon vor 17 Jahren, als der Druckpreisetarif in primitivster Form seine ersten Schwereprobe machte, da war es der Börsenverein der Deutschen Buchhändler, der ihn zu einem Messer ohne Heft und ohne Klinge machen wollte. Er verlangte vom Deutschen Buchdrucker-Verein im Jahre 1907 die rechtsverbindliche Erklärung, daß der Buchdruckpreisetarif in keinem Sinn ein die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins und der Tarifgemeinschaft verpflichtendes und von den Einrichtungen der beiden Organisationen geschütztes gewerbliches Sittengesetz darstelle. Diese Zusicherung wurde zwar damals von den Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht gegeben und ist bis heute auch noch nicht gegeben worden. Dieses Verlangen wurde aber zu einer Zeit gestellt, in der eine Hauptversammlung des Börsenvereins Deutscher Buchhändler den Beschluß faßte, solchen Buchhändlern und Wiederverkäufern, die laut Mitteilung des Vorstandes des Börsenvereins gegen Bestimmungen der Verkaufsordnung gesittentlich verstößen haben, eignen Verlag gar nicht oder nur mit beschränktem Rabatt zu liefern und gegen den Willen eines Verlegers dessen Verlag auch nicht zu vermitteln. Und so ist es bis heute auf diesem Gebiete im deutschen Buchhandel geblieben.

Wiederverkäufer, die die von den Verlegern und nach der Verkaufsordnung des Börsenvereins festgesetzten Preise nicht einhalten, werden von jeder weiteren Belieferung durch den organisierten Buchhandel ausgeschlossen. Bei Strafe des wirtschaftlichen Ruins diktiert der Börsenverein der Deutschen Buchhändler die Bücherpreise. Und gleichzeitig kauft die gleiche Unternehmerorganisation Sturm gegen den Druckpreisetarif, der, gemessen an den Profitsünden der Verlegerpreise, fast ein Waisenkind genannt werden kann. Daß das Verhältnis der Steigerung des Druckpreisetarifs zum Lohnanteil an den Produktionskosten von uns verurteilt wird, kann diesen Widerspruch nicht entkräften; denn gemessen am Lohnanteil der Geschäftskosten des Buchhandels ist die Steigerung der Bücherpreise im Vergleich zur Steigerung des Druckpreises noch viel größer. Wir haben es also hier auf dem Gebiete der Preisentwicklung im Buchhandel mit einer Moral mit doppeltem Boden zu tun, die dem andern verbieten will, was man selbst tut. Hierbei kommen noch Fragen in Betracht, die nicht nur aus der diktatorischen Verkaufsordnung der Buchhändler hervorgehen, sondern den Organisationsentscheidungen des Börsenvereins mit ihrer straffen zentralen Zusammenfassung entspringen und die Buchhändler und Verleger in die Lage versetzen, dem deutschen Volke nicht nur die Preise seiner geistigen Nahrung, sondern auch deren Qualität zu diktiert. Eine besondere Beleuchtung der letzteren Sache behalten wir uns für später vor; denn dieses Kapitel ist zu früh und leider auch zu umfangreich, um es noch mit der rein materiellen Frage zu verbinden.

Wäre wenigstens noch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kunststellen im Buchhandel wie auch die Schriftsteller, die den Verlegern ihre Werke anvertrauen, in welchem Verhältnis zur Gestaltung der Bücherpreise stehen oder entschuldigt würden, so wäre wenigstens ein Eckstein von Bedeutung für die Höhe der Bücherpreise vorhanden; sie können auf dem Niveau ihrer die Realität einer besseren Lohnbehandlung der Kunststellen im Buchhandel und Verlag wie auch der geistigen Arbeiter für die Verleger der allgemeinen Öffentlichkeit nicht zünden. In Wirklichkeit aber es aber kaum eine kühnere Unternehmerrichterlei in der ganzen Welt als im Verlag und Buchhandel. Und wenn wir als Verleger in der Frage zu hinstehen hätten, wer im Buchgewerbe in der Frage der

Lohnbrüderlei, der Ausbeutung der Kopf- wie Handarbeiter an der Spitze steht, wir mühten trotz unserer eignen traurigen Einkommensverhältnisse den deutschen Verlegern und Buchhändlern den Vorrang zuzuerkennen.

Um so mehr bedauern wir daher, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein nicht einseht, daß gerade seine Lohnpolitik den Buchhändlern und Verlegern besondere Gelegenheit bietet, die daraus resultierende Schmutzkonkurrenz noch besonders ausschlagen. Denn es ist ja gar nicht wahr, daß, wie die „Zeitschrift“ schon mehrfach behauptet hat, die Schmutzkonkurrenz im Buchdruckgewerbe sich hauptsächlich auf die Inhaber sogenannter kleiner Quetschen beschränkt. Ach nein, uns liegen tündende Beweise dafür vor, daß gerade mittlere und große Betriebe sich auf dem Gebiete der Unterbietung des Preisstarifs Dinge leisten, an die ein kleiner Buchdruckereibesitzer überhaupt nicht denken kann. Noch während der Wiederkehr dieser Zeiten sind uns ein Werbeschreiben aus einer größeren Stadt Mitteldeutschlands zu, worin sich eine der größten Breslauer Buchdruckereien mit über 50 Geschäften unter besonderem Hinweis auf die sehr billigen Lohnsätze im Buchdruckgewerbe und die gegenwärtigen außerordentlich günstigen Preise auf dem gesamten Papiermarkt zur Lieferung aller Druckaufträge zu außerordentlich billigen Preisen anbietet. Hier haben wir ein Schulbeispiel dafür, wie die sehr billigen Lohnsätze in unserm Gewerbe die Schmutzkonkurrenz begünstigen, ja geradezu herausfordern. Diese Zustände werden nicht dadurch beseitigt, daß man nach Manier der „Zeitschrift“ unsere Kritik der übertriebenen Spannung zwischen Lohn und Preis wie ein hysterisches Marktweib als „pöbelhaft“ begeißert. Dem Gewerbe kann nur dadurch gedient werden, daß man die Ursache unserer Gegnerschaft gegen die heutige Lohn- und Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins beseitigt. Mag die „Zeitschrift“ darüber auch noch so giftig werden und von einem „das eigne Nest beschmutzen“ in ihrer Nr. 22 fesseln, so trifft uns das nicht. Denn was die Gehilfenschaft dem Gewerbe unter unsäglichem Not in den letzten Jahren an Lebens- und Arbeitskraft geopfert hat, das steht turmhoch über dem, was ihr durch die Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins als Gegenleistung geboten wurde. Und es wäre nur ihr gutes und moralisches Recht, wenn sie im Falle einer weiteren Selbstbehaltung dieser passiven Resistenz auf dem Lohngebiete seitens der Prinzipale dazu überginge, ihre Leistungen den Gegenleistungen der Prinzipale gegenüber in deutlichere Parallele zu stellen, und zwar mit um so größerem Recht, als der Druckpreisstarif klar und deutlich erkennen läßt, daß er den Lohnanteil an der Produktionskosten herabzusetzen über die Hälfte zurückgeschraubt hat, infolgedessen der Schmutzkonkurrenz Tür und Tor geöffnet wurde. Jede wirtschaftliche Preisfrage ist in heutiger Zeit mehr als je zuvor auch gleichzeitig eine Lohnfrage. Übersteigen die Preise die Kaufkraft der Löhne, so bedeuten sie neben der Senkung der Kaufkraft der Löhne eine ebensolche Einschränkung des Warenmarktes im allgemeinen und eine Verengerung der Arbeitsgelegenheit im besonderen. Für uns Buchdrucker bedeuten diese Ursachen und Wirkungen Arbeitslosigkeit und Beschränkung der Erhaltung und Fortbildung der Arbeitskraft. Wenn wir daher gegen die hier erklärten Ursachen solcher Wirkungen ankämpfen, dann beschmutzen wir nicht das eigne Nest, sondern wir suchen es vor weiterer Beschmutzung zu schützen und auszumisten.

Diese Gefahr einer völligen Zerrüttung der Preisverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe infolge organisatorischer Uberspannung des Preisstarifs beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Bücher-, Katalog- und Merkantildruck, sondern auch auf das Zeitungs-gewerbe. So wenig wir eine Wiederkehr der trostlosen Konkurrenzverhältnisse auf diesem Gebiete vor dem Kriege wünschen, wo die meisten Zeitungen unter dem Defizit ihrer Einnahmen aus den Bezugspreisen in geradezu erbärmlicher Abhängigkeit vom Inseratenteil zu leiden hatten, so wenig erblicken wir in der jetzigen Preisentwicklung im Zeitungs-wesen sowohl in den Bezugs- wie Inseratenpreisen eine gebührende Lösung dieser Frage. Denn die Höhe der heutigen Bezugspreise bewegt sich durchschnittlich weit über dem Doppelten der Friedenspreise, und die Inseratenpreise übersteigen infolge der Vermehrung der Spaltenzahl der Inseratenseiten und der durchweg kleineren Schriftgröße diese Steigerung in der Regel noch sehr erheblich, und zwar nicht erst seit kurzer sondern schon seit längerer Zeit. Dabei kommt für den Zeitungsverlag noch weit mehr als für den Buchverlag der Umstand des stark reduzierten Lohnanteils an den Produktionskosten einer Zeitung in Frage. Denn zu den für das Verlags-geschäft stark reduzierten Lohn- oder Gehaltskosten für die Redaktionen und Exzeditionen kommen im Zeitungs-gewerbe in der Regel noch die Profite aus der drucktechnischen Herstellung der Zeitungen als Druckauftrag in etaner Regie der Zeitungsverleger, da diese meistens selbst gleichzeitig auch Buchdruckereibesitzer sind, und infolgedessen aus der großen Differenz zwischen Lohnanteil und der übrigen Gestehungskosten im Druckgewerbe noch besondern Nutzen ziehen. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß heute selbst das kleinste Mittelblätchen mit sehr wesentlichen Nutzen für seinen Herausgeber bestehen kann. Das Zeitungs-gewerbe, das während der Zeit der Inflation und der besonders hohen Papierpreise zu verzeichnen war, hat aufgehört. Wir begrüßen das; aber wir sehen auch schon die Gefahren, die aus dieser Gesundung im Zeitungs-gewerbe infolge des privatkapitalistischen Gewinnstrebens dem Zeitungs-gewerbe jetzt wiederum drohen. Denn die Konkurrenzverhältnisse haben sich durch die erhöhten Einnahmen im Zeitungs-wesen nicht gemildert, sondern sind jetzt schon wieder viel stärker geworden als je zuvor. Infolge der riesigen Überflüsse der großen Zeitungen sind diese in der Lage, den kleineren Blättern immer größere Konkurrenz zu machen und zwingen diese dadurch zu Preisunterbietungen im Bezugspreis wie im Inseratenteil, die in erster Linie durch die sehr niedrigen Löhne erleichtert werden, ohne nennenswerten Beitrag zu

erbringen. Mag das auch nach außen hin oder in den offiziellen Preis-ankündigungen im Kopf der Zeitungen noch nicht so stark wie vor dem Kriege in Erscheinung treten, so wird dafür um so mehr hinter den Kulissen rabattiert und vergünstigt, weil es eben die großen Differenzen zwischen Lohn und Preis in einer Weise auslassen, wie es vor dem Kriege niemals möglich gewesen wäre. Aus diesen Gründen erklärt sich auch der immer wieder hervorzu-tretende Kampf der Vertreter der Zeitungsverleger gegen eine gerechtere Entlohnung der Arbeiter und Angestellten im Zeitungs-gewerbe. Greifen wir z. B. aus der Preisentwicklung im Zeitungs-gewerbe nur einen typischen Fall heraus, und zwar eine große Berliner Tageszeitung. Diese Zeitung kostete vor dem Kriege (1913) vierteljährlich nur 6 M., und ihr Seitenpreis war damals für die sechs-spaltige Inseratenseite (15 Millimeter Breite) in Kolonel 90 Pf., heute kostet das Blatt monatlich 6 M., also dreimal mehr als im Jahre 1913, und die zwei-spaltige Inseratenseite kostet 1 Goldmark. Also zehn Seiten kosteten im Jahre 1913 9 M., heute dagegen zehn Seiten nur halb so breit wie damals 10 M.; mithin 122 Proz. mehr als 1913. Für die Beurteilung des Bezugspreises kommt noch in Betracht, daß das Blatt im Jahre 1913 wöchentlich 15mal erschien, heute nur noch 12mal. Der Buchdruckerlohn beträgt heute jedoch im Durchschnitt nur noch knapp 70 Proz. des Friedenslohnes; die Arbeits- und Lohnverhältnisse waren auch in dieser Berliner Zeitungsdruckerei im Jahre 1913 wesentlich günstiger als heute. Ähnliche Beispiele könnten wir noch zu Hunderten anführen, aus denen hervorgeht, wie viel günstiger heute die Einnahmeverhältnisse im Zeitungs-gewerbe liegen, während sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft in fast allen Zeitungs-betrieben wesentlich verschlechtert haben. Und nicht umsonst haben die Zeitungsverleger sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß ihre Betriebe bezüglich der Einschränkung in die finanzielle Geschäftsbearbeitung durch die Betriebsräte mit andern Betrieben auf eine Stufe gestellt werden. Um so breiter können daher deren Vertreter auch bei allen Lohnverhandlungen die Behauptung aufstellen, daß das Zeitungs-gewerbe eine höhere Entlohnung seiner Arbeiterschaft nicht ertragen könne. Glücklicherweise gibt es aber auch noch andre Möglichkeiten, die wirtschaftliche Lage der Zeitungsbetriebe zu prüfen und festzustellen, was ist. Wir sehen jedoch vorläufig noch davon ab, etwas tiefer in diesen Sumpf zu leuchten. Aber das eine möchten wir den Herren Scharfmachern im Zeitungs-gewerbe von heute nicht verhehlen, daß wir lediglich mit Rücksicht auf einen Teil der Zeitungsverleger, die trotz aller reaktionären Anfeindungen ihren Personalen gegenüber immer noch die Kirche im Dorf lassen, uns zu dieser Zurückhaltung bisher verpflichtet fühlten. Sollte jedoch das arbeitserfindliche Kesselstreben im Verein Deutscher Zeitungsverleger wie in den letzten Jahren und Monaten auch jetzt noch angesichts der gänzlich veränderten finanziellen Verhältnisse im Zeitungs-gewerbe fortgeschritten werden, dann werden wir mit dieser Zurückhaltung brechen und der Öffentlichkeit knüppelnd beweisen, wie sie vom größten Teil der Zeitungsverleger sowohl materiell, im Veraleich zu der miserablen Entlohnung der gesamten Arbeiterschaft im Zeitungs-gewerbe, wie auch ideell über's Ohr gehauen wird. Das Material dazu haben wir sozulagen zentnerweise auf Lager! Die Landespreisprüfungsstellen werden dann andre Unterlagen in die Hände bekommen, als sie z. B. Herr Latmann als Vorsitzender des Kreisvereins Nordwestdeutschland des Vereins Deutscher Zeitungsverleger der Landespreisprüfungsstelle in Braunschweig am 15. Februar d. J. nach Nr. 9 des „Zeitungsverlaas“ vom 29. Februar zu unterbreiten konnte.

Zusammenfassend und vorläufig abschließend können wir nach diesen Streiflichtern auf die Preisentwicklung im Buch-gewerbe daher nur sagen, daß erst dann, wenn Preis und Lohn in ein gerechteres Verhältnis zueinander gebracht sind, sich auch für uns wieder die verstärkte Pflicht ergibt, Preisunterbietungen zu bekämpfen, weil sie dann doch in der Regel nur auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen könnten. Heute jedoch liegen die Dinge so, daß in erster Linie die unverantwortlich hohe Spanne zwischen Druckpreisstarif und Lohnstarif die Schmutzkonkurrenz nicht nur begünstigt, sondern direkt provoziert. Und gerade deshalb treten wir für eine Beseitigung der Ursache dieser Zustände ein, wobei wir in erster Linie an eine dem Druckpreisstarif entsprechende Erhöhung der Löhne denken, weil dadurch neben der sichersten Erhöhung der Preisunterbietungen die Möglichkeit einer Hebung der Kauf- und Arbeitskraft von unten auf gegeben wäre. Allerdings würde dadurch einer ungehemmten Unternehmerwillkür gegen die Arbeiterschaft der Boden entzogen und das Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft auf ein vernünftigeres Niveau gehoben werden. Aber hier scheint der Hund begraben zu liegen. Man scheint das auf Unternehmerrseite heute ärger als die Pest zu fürchten. Es hat den Anschein, daß sowohl im Deutschen Buchdrucker-Verein und im Verein Deutscher Zeitungsverleger wie in allen Unternehmerorganisationen einzelne Regionen ihre vermeintliche Anentbehrlichkeit nur dadurch beweisen können, daß sie die Spannung zwischen Lohn und Preis immer größer machen, um aus den daraus entstehenden Gegensätzen ihre verborgenen „volkswirtschaftlichen“ oder juristischen Wesseln schneiden zu können. Für uns als Arbeitervertreter würde dagegen die zeltlose Erfüllung unserer Forderung, wonach die Lohn- und Preisverhältnisse in eine vernünftige und dauerhafte Übereinstimmung gebracht werden soll, sozusagen das Ende des größten Teils unserer Kämpfe bedeuten, weil ja nur der bisherige Mangel auf diesem Gebiete unserm Aufgabendkreis immer mehr erweiterte. Es ist also nicht persönliche Selbstverherrlichung, der uns immer und immer wieder zur Aufklopfung dieser Streifkage zwingt, sondern einzig und allein die Erkenntnis, daß die bestehenden Mängel in der Preis- und Lohnfrage in unserm Gewerbe wie in allen übrigen

Zweigen der menschlichen Wirtschaft das A und O aller sozialen Differenzen darstellen. Wir haben daher auch ein gewisses Verständnis dafür, wenn die „Zeitschrift“ in ihrer schon erwähnten Nr. 22 in mehr pathologisch als sachlicher Weise die widerspruchsvolle Bahn ihrer Preis- und Lohnstrategien wie folgt zu entschuldigen versucht: „... schließlich ist es auch nicht der Mühe wert, sich mit Persönlichkeiten im Verbandslager zu befassen.“ So hochmütig das auch klingen mag, so kann es doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die aus dem „Verbandslager“ stammende Befassung mit gewissen Persönlichkeiten im Prinzipalslager sehr „störend“ empfunden wird, insofern eben ja auch das Bedürfnis nach Vertrauensvoten immer stärker in Erscheinung tritt. Persönlich haben wir gegen erstere gar nichts einzuwenden, aber sachlich macht es auf uns den Eindruck einer Erschwerung jeder vernünftigen Gewerkepolitik, die sich in absehbarer Zeit bitter rächen muß, und zwar sowohl auf dem Preis- wie auf dem Lohngebiete.

Wir sind nun keineswegs so naiv, von heute auf morgen eine völlige Beseitigung dieser Differenzpunkte zu erwarten. Aber das eine wagen wir zu hoffen, daß, wenn auch nicht die Einsicht des Unternehmertums, so doch die durch unsere Beleuchtung der Kernpunkte dieser Streitfragen über die Preisentwicklung im Buchgewerbe und ihrer Zusammenhänge mit den ganzen übrigen Grundlagen der menschlichen Wirtschaft und Kultur geförderte Vertiefung ihrer Erkenntnis in unserm Leserkreis die Voraussetzungen dafür schaffen werden, daß in absehbarer Zeit es nicht mehr nur vom guten Willen des Unternehmertums, des Deutschen Buchdrucker-Vereins, dem Verein Deutscher Zeitungsverleger oder dem Börsenverein Deutscher Buchhändler abhängen wird, daß die weitere Entwicklung der Dinge jene Richtung nimmt, wie wir sie als eine bessere Lösung der sozialen Frage auch im deutschen Buchdruckgewerbe erblicken und in vorstehenden Darlegungen angedeutet haben. Die Überspannung des Druckereitarifs, der Lohnrücksturz und aller ähnlicher Krankheitserscheinungen der heutigen gewerblichen Verhältnisse tragen den Keim ihres Verfalls in sich selbst. Letzteren im besten Sinne zu beschleunigen, ist unsere Pflicht und liegt im Zug der Zeit, die für uns arbeitet, was auch die Nervosität der „Zeitschrift“ noch allem Drum und Dran bestätigt. Wir können daher, wenn wir nur materialistisch zu denken vermöchten, alles getrost der weiteren Entwicklung dieser Gegenstände überlassen. Aber wir sind trotzdem immer noch der sehr antikapitalistischen Ansicht, daß es besser sei, an die Vernunft zu appellieren, statt der zwangsläufigen Entwicklung nachzutrotten, und dann erst den Brunnen zu entdecken, wenn die letzten Reste einer friedlichen Lösungsmöglichkeit hineingefallen sind!

Reflexionen tarifvertraglicher Natur

(Schluß)

Die Gehilfenschaft

Buchdruckerlehrlinge, Hilfsarbeiter, Schriftgießer, Faktoren sind in Nr. 19 in ihrem tariflichen Verhältnis zur Prinzipalität einer Erörterung unterzogen worden. In Nr. 21 haben wir dann die Politik des Deutschen Buchdrucker-Vereins gegenüber der Arbeiterchaft unres Gewerbes des näheren behandelt. Wenn nun der Schlussschnitt der Gehilfenschaft bestimmt sein soll, so steht dabei im wesentlichen die Tarif- und die Lohnpolitik seit Dezember 1923 zur Kritik bzw. zur Verteiligung.

Stabile tarifliche Verhältnisse sind noch ein wünschenswerter Zustand. Die viereinhalbjährige Tarifberatungen im Dezember sind bekanntlich nicht über die erste Lesung in der Tariff Kommission hinausgekommen. Weil die Prinzipalität wieder jedes Augenmaß bei ihrer Antragstellung vermissen ließ, dessenungeachtet aber die Gehilfenschaft des Nichtverstehens der realen gewerblichen Notwendigkeiten beschuldigte, ging die Prinzipalvertretung den von ihr schon so oft abgeschworenen und doch immer wieder eingeschlagenen Weg zum Reichsarbeitsministerium. Dort erhielt sie beim zweiten Gange am 10. Januar mit der Verlängerung des Manteltarifs bis zum 31. Mai 1924 eigentlich eine herbe Quittung für ihre Uferlosigkeit bei der offiziell nur als einige Abänderungen notifizierten Tarifneugestaltung. Die Gehilfenschaft hatte bekanntlich vor den großen Tarifverhandlungen bei der Prinzipalvertretung beantragt, den Tarif vorderhand überhaupt weiterlaufen zu lassen; es sollten erst stabilere wirtschaftliche Verhältnisse abgewartet werden. Aber man war von der offiziell zwar immer bestrittenen Konjunkturpolitik bis zum Platzen gefaselt, und so lautete denn die Antwort glatt verneinend. Für die Gehilfenschaft hätte sich auch eine größere Verlängerung rechtfertigen lassen, wenn nicht das Arbeitszeitabkommen davon abtrat würde. Wir haben nämlich noch nicht einen Augenblick dieser uns aufgezwungenen, jedoch wesentlich unter dem Willensstandpunkte der offiziellen Prinzipalität bleibenden tariflichen Vereinbarungen Ewigkeitswert beigemessen. In diesem Betracht wollen wir gern einem christlichen Abbaufimmel fröhnen. Der Widerstand gegen die „aufgelassene“ Arbeitszeiterlängerung im allgemeinen, der zum Teil offen geführte Kampf, der Protest des Bundesausschusses vom ADG, sowie die Interpellation der Reichstag vom 21. Februar im Reichstage haben ja nun wohl auch der andern Seite ein wenig Erkenntnis beigebracht, daß der verhasste Achtstundentag keineswegs am 21. Dezember 1923 endgültig begraben worden ist. Die Vereintung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in einem sukzessiven Rundschreiben an alle bürgerlichen Parteien Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei darüber in Licht und Sonn gesetzt. Die „Zeitschrift“ übernahm sühntschuldig diesen falschen Sermon, der im besondern den Vorwurf der „sozialen Schmutzkonturrenz“ durch die deutsche Industrie gegenüber dem Auslande verhandelt. Vom Auslande wird zwar die falsche Behauptung aufgestellt, der Achtstundentag sei dort gar nicht in der von den

Gewerkschaften verlangten Weise durchgeführt. „Genen den sozialistischen Dogmatismus“, wie in der „Zeitschrift“ die Überschrift lautet, ist aber doch kein Kraut gewachsen. Selbst der Reichsarbeitsminister hat in einer Versammlung vor christlichen Arbeitern in Rheinland-Westfalen einen ähnlichen Rückzug angetreten. Diese sind nämlich trotz ihrer andern Weltanschauung und trotz ihrer — auch bei uns im Buchdruckgewerbe — jetzt mehr hervortretenden Gegenfälligkeit zu den freien Gewerkschaften über den Arbeitszeitabbau und die vielfach ungläubigen Schiedsprüche dazu stark aufgebracht. Dr. Brauns erklärte nun in jener Versammlung, es handle sich nur um eine Noierordnung, sobald die Voraussetzungen dazu entfallen, würde die Arbeitszeitverordnung wieder aufgehoben werden. Daß es dazu kommen wird, werden auch die ausländischen Staaten verlangen, denn sie leiden sonst unter der „sozialen Schmutzkonturrenz“ von Deutschland, dessen niedrige Löhne für sie ebenfalls einen Angriffspunkt bilden werden. Die deutschen Gewerkschaften müssen und werden zu einem großen Vorstoß übergehen, sobald die aufsteigende Konjunktur noch mehr Arbeitslose aufzulegen hat. Von der Reichstagswahl am 4. Mai wird auch viel abhängen. Zeitig sich das deutsche Volk politisch reifer als bei der Wahl am 6. Juni 1920, dann kann es auch auf dem Wege der Gesetzgebung zur Festlegung des Achtstundentags kommen. Für den Achtstundentag und gegen den Lohnrücksturz muß ebenfalls eine Wahlparole sein. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes sagte bei den Tarifberatungen den Prinzipalen, der Achtstundentag sei kein sozialistisches Dogma; im „Lapparat“ wurde das später näher erläutert. Die im „Korr.“ schon laut gewordenen und noch kommenden Stimmen lassen bereits erkennen, daß es der Gehilfenschaft ernst damit ist, recht bald wieder zu dem Zustande zurückzukehren, der für die deutsche Arbeiterschaft fünf- und einviertel Jahr seit dem November 1918 galt.

Die Absicht zu größeren tariflichen Umwälzungen scheint bei der Prinzipalvertretung noch nicht aufgegeben zu sein. Offiziell ist darüber zwar nichts zu hören, aber nach gewissen Verlautbarungen hat man den Regionaltarif noch nicht an den Nagel gehängt. Die regionale Lohnregulierung bildet bekanntlich einen „Programm punkt“ der unterschiedlichen Sonderblöcke bei den Prinzipalen, aber sie hat auch sonst noch genügend Anhänger. Sehr kurzschlüssigerweise bedenkt man denn gar nicht, daß die Erzeugnisse des Buchdruckgewerbes entgegen den meisten andern Industrien überall hergestellt werden können? Auch große Aufträge sind keineswegs auf Berlin, Leipzig, München usw. beschränkt, leistungsfähige Probindruckereien können sie ausführen. Die zentrale Lohnfestsetzung verhindert da noch viel. Die Unterabteilungen würden aber ins Aschraue gehen, wenn man nach Kreisen und was unaußbleiblich sein dürfte, auch nach Bezirken die Löhne differenzieren würde. Die Staffellagen sind ja jetzt schon kaum noch zu überleben! Die regionale Lohnregulierung ist für die Prinzipale im wesentlichen als eine Frage zur Förderung der Schmutzkonturrenz zu betrachten. Das sollte gar nicht übersehen werden! Die Gehilfenschaft in den Druckereien kann bereits Wahrnehmungen machen zu geschäftlichen Ausdehnungen, die auch von der Lohnfrage abhängig sind. Zwei große Leipziger Druckereien haben nämlich in der Provinz Sachsen und in Anhalt zwei schon nennenswerte Werkdruckereien erworben, führen sie unter der alten Firma weiter und tun alles zu ihrer Vergrößerung und Modernisierung. Der Unterschied im Ortszuschlag ist beträchtlich. Mit diesen Fülldruckereien, die jetzt sehr auf beschäftigt sind, kann den Leipziger Druckereien erhebliche Konkurrenz gemacht werden. Das ist aber auch für die Gehilfen in Leipzig nicht ohne Belang. Jedenfalls ist von Gehilfen Seite, wenn die „Regulierung“ mit dem Regionaltarif bei den neuen Tarifberatungen zu Ende April wieder versucht werden sollte, der Kampf für den Reichstarif im vollen Umfange entschieden weiter zu führen. Leider haben die Faktoren mit ihrer neuen Urabstimmung über die Bergewerkschaftslegung des Faktorenbundes den Prinzipalen ein Bild gezeigt, daß im Buchdruckgewerbe noch nicht bis zum letzten Wisse der Wille zur Durchsetzung des für notwendig Erkannten richtig vorhanden ist. Die Faktoren sind aber das Versuchskorn für die Prinzipale mit der regionalen Gehaltsregulierung gewesen. Was die Prinzipalität an Erschwerung tariflicher Beratungen leisten kann, hat sie bewiesen mit ihrem eine völlige Umwälzung bezweckenden Entwurfe zu einem neuen Tarife. Zahlenmäßig hat man dann im Februar bei den Druckschlagerverhandlungen ein Bild darüber bekommen können. Die Gehilfenvertreter stellten im ganzen 385 Anträge, darunter 16 auf Neueinführung, die Prinzipalvertreter brachten es auf 1352. Für die dadurch bedingte Verlängerung der Verhandlungen mußte ebenfalls der Prinzipalität eine gewisse Kostenbedeutung auferlegt werden.

Positive Lohnverhandlungen ist der aus der Gehilfenschaft jetzt dringende Ruf. Am 31. Januar und 27. Februar gab es Leerlauf bei den Lohnverhandlungen, obwohl inzwischen Versprechungen gemacht worden waren, wie man sie sich teilweise schöner gar nicht denken konnte. Aber diese noch nicht ganz den Eckmarkenparolen der Vereintung der Arbeitgeberverbände — welche vom DAB. bei passender Gelegenheit gern verleugnet werden — verlassenen Prinzipalvertreter wurden immer zurückgeschickt, und dann wählte man sich im künstlich konstruierten Materiale ab, daß im Versteifen des Abbaufimmels auf 20 Proz. einkünftig noch das mindeste war. Die Lebensmittelpreise befinden sich nach diesen, auf die Tendenz „Der Zweck heiligt die Mittel“ abgestimmten Lohnrücksturzstellen seit November wie auf einer Nobelbahn im Herunterfahren, und so wird weiter den Tariflosen Gewalt angetan. In den Verhandlungen am 20. März hat sich jedoch in der Gehilfenschaft eine Stimmung ausgebildet, die dem Generaldirektor des DAB. noch mehr sagen sollte als die ihm aus dem Prinzipalslager vielfach entgegenstehenden „Sinnlosigkeiten“. Die vorstehende Nummer des „Korr.“ ist eine deutliche Widerspiegelung der verfallenen DAB.-Politik auch auf dem Lohngebiete. Das mag daher kommen, daß die „Zeitschrift“ zur Ver-

leidigung der an sich schon unfabaren Lohnabbauanträge Dinge steigen läßt, für die die Einschätzung als borniert noch sehr gelinde ist. Alle Stimmen aus ansonsten blühergerichten Blättern gegen den Lohnabbau fimmeln verpuffen bei den Wirtschaftswissenschaften des DVB. Das Tollste ist immer der Hinweis, daß mit dem für die bis 63 Stunden geleistete Mehrarbeit bezahlten Löhne die Buchdrucker als Kilometerzähler den andern Arbeitern weit voraus seien. Nach diesem etwas stumpfsinnigen Rezept brauche ja der Lohn künftig überhaupt nicht erhöht zu werden; es werden einfach 60 anstatt 53 Stunden in der Woche gearbeitet und so fort. Die „Neue Leipziger Zeitung“ hielt in ihrem Handelsstelle neulich einmal den Unternehmern ein Privatissimum über „Konjunktur und Lohnpolitik“. Die Methode der Arbeitszeitverlängerung mit begleitender Arbeitslohnverfälschung gehe von mächtigen Interessentengruppen aus, sie werde sich auf die Dauer volks- wie privatwirtschaftlich rächen. Während aber die Großen sich immer wieder mit ihrer Macht aus der Schlinge ziehen können, wenn die Sache schief geht, bleiben gewöhnlich die Kleinen in der Schlinge hängen. Die Kleinen, die auf dem Hollendorfsplatz mitreden dürfen, mögen sich das merken! In der „Papierzeitung“ vom 6. März melbet sich eine Berliner Papiererzohhandlung, die ausdrücklich erklärt, für Tarifverträge und Tarifgebälter nichts übrig zu haben, zum Wort, um gegen die in aller Stille zum 1. Februar erfolgte Vereinbarung auf Kürzung der Gebälter um 5 Proz. zu protestieren:

... da die Kosten der Lebenshaltung immer noch mindestens um 25 Proz. höher als im Frieden sind, die Gebälter sich aber bisher weit unter den Friedenslöhnen bewegten; man muß wenigstens jedem Angehörigen Lebensmöglichkeit gewähren und ihn so behandeln, daß die Lust und Liebe zu dem Betrieb, in welchem er angestellt ist, geboten werden, und ihn nicht noch mehr die Sorgen um seinen Unterhalt drücken, was die Arbeitsproduktivität heruntersetzt und auf die Dauer gefährliches Zusammenarbeiten hindert.

Das klingt anders als im „Zeitungsverlag“, der am 29. Februar eine Lohnerhöhung als „völlig unbegründet“ bezeichnete, und erst recht in der „Zeitschrift“, die, wie der Vogel Strauß, überhaupt nichts mehr sagen lassen will von dem, was auf dem Lohngebiete vorgeht. Abbaufimmeln in Woelfscher Reinsüchtung. Wenn aber nach Blättermeldungen vom 20. März die Reichsregierung am Tage zuvor eine Erhöhung der Beamtengebälter um 20 Proz. beschlossen haben soll einschl. der örtlichen Zuschläge, und wenn nach einer Konferenz in Weimar zum 1. April eine Einheitsmiete für das ganze Reich eingeführt werden soll, die nach den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums 42½ Proz. betragen soll, wozu noch 25 Proz. gemäß der Meiststeuer aus der dritten Steuernotverordnung kommen sollen, also insgesamt 67½ Proz. des Friedensmietenpreises berappt werden müßten, dann kann die DVB-Lohnpolitik nicht allein mehr nach dem Hollendorfsplatzhorizont abgezielt werden. Das die Großhandelsreise am 17. März eine Steigerung um 1,3 Proz. gegen die Vorwoche aufwies (Lebensmittel im allgemeinen um 1,9 Proz., Getreide und Kartoffeln im speziellen aber um 3,7 Proz. gestiegen), die Leipziger Teuerungszahl 1 ebenfalls in nur einer Woche um 2,1 Proz. sich erhöht hat, läßt schon für die nächste Reichsindexzahl ein größeres Ansteigen erwarten. Wir haben in Nr. 23 den Lohnstand der Buchdrucker kurz beleuchtet, das von der Prinzipalsvertretung am 27. Februar vorgebrachte Material kam dabei böse unter die Näder. Möge man zum 20. März aus alledem lernen. Die Gehilfenschaft kann und will nicht mehr seit November auf dem Lohngebiete gesetzten Widerstand der Prinzipale hinnehmen, weil er im Grunde nur der Erhaltung der Gewinnquote dienen soll. Der Kreis II hat mit seiner Aufhebungsmethode der Sonderzulage vor dem Reichsschlächter eine schwere Enttäuschung erlebt, auch dem DVB ist schon in der Invalidenstraße manches Licht aufgesteckt worden, daß die Weltgeschichte denn doch anders verläuft. Die Gehilfenschaft kann ja nun auch Umlernungsmethoden in Anwendung bringen!

Eine sehr irreführende amtliche Statistik über die Tariflöhne im Buchdruckgewerbe, die in dem soeben erschienenen Heft 5 der vom Statistischen Reichsamte herausgegebenen Halbmonatschrift „Wirtschaft und Statistik“ der Öffentlichkeit übergeben wird, fordert in diesem Zusammenhang unsern härtesten Protest. Da wird z. B. für über 24jährige verheiratete Handwerker in einer Tabelle auf Seite 154 ein Nominalwochenlohn von 32,84 M. für das Jahr 1913 als „gewogener Durchschnitt“ aus den Tariflöhnen angegeben und diese Zahl gleich 100 der Lohnentwicklung im Jahre 1923 und der Monate Januar und Februar 1924 gegenübergestellt. Schon die einseitige Heraushebung einer einzelnen Altersklasse, die, wie wir schon in Nr. 10 in dem Artikel „Der Buchdruckerlohn einst und jetzt“ an Hand sehr gewissenhafter statistischer Grundlagen unserer Organisation (mit über 90 Proz. aller deutschen Buchdruckergehilfen) nachgewiesen haben, im Jahre 1912 nur 47 Proz. und im Januar 1924 nur 54,5 Proz. aller Gehilfen umfaßt, kann die von der amtlichen Statistik errechnete Lohnhöhe im Jahre 1913 nicht als Durchschnittslohn für das Buchdruckgewerbe gelten lassen. Die gänzlich ausschließung der Maschinenfeker von einer Berechnung des Buchdruckerlohns die im Jahre 1913 noch mit 25 Proz. und heute nur noch mit 7½ Proz. über dem tariflichen Lohn der Sandfeker standen und stehen, gibt ein sehr schiefes Bild. Einen geradezu sozialpolitisch reaktionären Charakter erhält jedoch diese amtliche Statistik dadurch, daß ihr für die Gegenwart nicht mehr die 48stündige Arbeitswoche zugrunde gelegt wird, sondern die 45stündige, und zwar mit folgender sehr leichfertiger Begründung: „Aufolge der arbeitszeitlich durchgeführten Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 53 Stunden sind die Nominalwochenlöhne im Durchschnitt aller Ortsklassen im Januar für Sandfeker auf 28,49 Rentenmark (1913 n. S. mehr als im Normaljahr) also gestiegen. Diese Abnahme ist durchaus willkürlich. Denn in Wirklichkeit kommt die 45stündige Arbeitszeit noch auf 70 bis 80 Stunden (bis 20. März) noch nicht einmal für ein Drittel der Gehilfenschaft in Betracht, mehr als zwei Drittel haben

nach wie vor die 48stündige Arbeitswoche, selbst Kurzarbeit ist noch nicht gänzlich verschwunden. Aus diesem Grunde sind daher auch die weiteren Berechnungen des statistischen Reichsamtes völlig unberechtigt und widersprechen den tatsächlichen Verhältnissen in unverantwortlicher Weise. Nach wie vor beträgt der tarifliche Spielenlohn der Buchdrucker nur 27 M. und steht gegenüber jenem des Jahres 1913 mit 34,88 M. im Rahmen der gleichen und höchsten Ortszuschlagsstaffel wie 78,5 zu 100 und nicht wie 83,01 zu 100, was in der amtlichen Statistik behauptet wird. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß in den Jahren 1912 und 1913 der Wochenlohn der Buchdrucker im Reichsdurchschnitt 34,17 M. betrug, im Januar und Februar 1924 jedoch nur noch 24,19 M., was einem relativen Verhältnis von 100 zu 70,8 entspricht. Nun ist aber ab 1. März infolge der Veränderung der Ortszuschläge eine weitere Senkung des Durchschnittslohnes um mindestens 1,5 Proz. eingetreten, wodurch sich das Verhältnis zwischen 1912 und jetzt wie 100 zu 69,3 stellt. Es ist daher die amtliche Relativziffer mit 83 heute, gegen 100 im Frieden, um etwa 14 Punkte zu hoch und gibt infolgedessen ein ganz falsches Bild. Nicht genug damit, daß schon die Reichsindexziffer auf sehr dürftigen Grundlagen für die Lebenshaltungskosten aufgebaut ist, kommt nun noch hinzu, daß die amtliche Statistik auch in der Lohnfrage potentielle Dörfer vorkaufte. Gegen einen solchen Mißbrauch staatlicher Einrichtungen, der nur einseitigen Unternehmerinteressen dienen kann, protestieren wir nicht nur im Interesse der gesamten Arbeiterchaft, sondern auch im Interesse einer Freibaltung des staatsbürgerlichen Gedankens von internationalen Verrentungen.

Die U b e r m i n i m u m b e s a h l u n g hat aber trotzdem während der letzten Wochen eine Besserung erfahren, daß die in den jüngsten Nummern der „Zeitschrift“ nach allen Kannten erlösenden Notlieder über die noch ungenügende Wirtschaftlichkeit der Betriebe und gar auch über das „Unzureichende“ des Druckpreises als blauer Dunst erscheinen. Wohl sind wir auch unterrichtet worden, daß in einzelnen Provinzdruckorten die maßgebenden Firmen in der Überminimumbesatzung wie früher einen Standpunkt einnehmen, der mit den Druckereien jetzt und im Verhältnis zum Friedensstande auch moralisch völlig unvereinbar ist und dieser obendrein in kleinen Denkschriften über die Auskömmlichkeit des Lohns an vorkellig werdende Gehilfen niedergelegt wird. Wenn es an das Blamieren geht, ist in unsrer Unternehmerschaft ja immer genug taubereit! Aber solche schriftlichen Erasse machen ebenfowenig das Kraut fett, als wenn Herr P. André aus Ruskau dem „Korr.“ als freiwilliger Spakmacher weiter dienen will. So hat es ihm der in Nr. 23 gebrachte Artikel aus Hamburg angetan, indem er nun den Prinzipalen rät:

Drum Kollegen, seid nicht so dumm,
Und zahlt nicht mehr als das Minimum.
Den Lohn bestimmen laßt die Meister,
Und fertig ist der Kellner.
Summ — Summ — Arrrrrrr.

Die Andreshche Reimkunft ist miserabel, wir können sie aber nicht verbessern wie die ebenso „schöne“ Interfunktion, jedoch freuen wir uns, mitteilen zu können, daß dieser reilmuffige Scharfmacherperle esend in Stich gelassen wird von seinen Kollegen. Der in Berlin bis zum Abstecken betätigte Abbaufimmeln hat nämlich in Wirklichkeit dazu geführt, daß man draußen, wenn die Konjunktur eintaermachen günstige ist und das Vorgehen vernünftig praktiziert wird — worunter wir gewerkschaftliche Festigkeit nicht etwa ausschalten — den noch von verfloßener Konjunkturpolitik befangenen Oberstrategen einen kräftigen Strich durch die Rechnung macht. So wird uns aus einer um 2½ Proz. im Ortszuschläge herabgesetzten thüringischen Stadt mitgeteilt, daß eine Firma 20 bis 30 Proz. über Minimum bezahlt, eine andre 20, eine dritte und eine vierte je 10 bis 12½ Proz.; das sind die Zeitungsdruckereien. In den übrigen wird ebenfalls durchweg mehr als das Minimum bezahlt, auch in den Bezirksdruckorten. Die Gehilfenschaft einer mittleren bayerischen Druckstadt mit nur 7½ Proz. Ortszuschlag kann einen Durchschnittslohn von 30 M. aufweisen. Auch aus andern Gegenden, selbst aus dem immer in den letzten Bügen liegenden Osten, kommen Meldungen ähnlicher Art. In den sächsischen Großdruckstädten sind namentlich die Drucker und die Maschinenfeker im Lohn gut in die Höhe gekommen. Bei nur noch 540 Arbeitslosen in Leipzig in dieser Woche und stärker ansteigender Lebensmittelpreisen kann ja auch wahrhaftig von den Prinzipalen verlangt werden, daß das im Dezember gegebene Versprechen, für Qualitätsarbeit wieder zur Friedensgepflogenheit mit der Bezahlung zurückzukehren, nun wahr gemacht wird. Im ganzen Reich sollte mehr gewerkschaftliche Einzelenergie in dieser Richtung aufgewendet werden. Dann könnte die „Zeitschrift“, die ihren Lesern ja vieles bieten kann, es nicht mehr wegen wie am 11. März zu schreiben:

Wir wissen im übrigen, daß es sehr viele Gehilfen gibt, die heute, wenn ihnen das Angebot gemacht würde, auch zu mehrigenen Gehältern arbeiten würden und auch mit jeder Arbeitszeiteinverstandenen wären.

Diese von geradezu schrankenloser Borniztheit diktierte Reschimmofum möge man nicht durch eine Artikelkritik im „Korr.“ beantworten, sondern vorgehen in den Druckereien und entsprechend mehr verlangen sowie die Eigenart oder die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines Betriebes nebenentfalls von einer Sachkundigen Stelle nachprüfen lassen, um zu dokumentieren, daß auch nicht ein Gehilfe mit jeder Arbeitszeit einverstanden sein würde. Wenn das gleiche Reichsindexverhältnis in der „Zeitschrift“ noch benannt, daß eine große Anzahl von Betreibern heute schwerer als je um ihre Existenz kämpfen, so stellt es sich damit als wirtschaftlich völlig fahrlässig dar. Was gegenwärtig Schwierigkeiten in menschlichen Leben verurteilt, ist die Geldknappheit, die Existenzkämpfe sind vorüber. Der Mangel an passendem Gelde müßte

aber zumeist daher, daß man in den letzten Jahren sich außerordentlich stark in die Sachwerte gestürzt hat. Wenn der Heilmeyer recht hätte, dann könnten doch unmöglich die Anschaffungen von Schreibmaschinen jetzt in einer Zahl wie noch niemals erfolgen; auch Druckmaschinen werden sehr viel bestellt. Das in der Hauptvorstandssitzung des DBB. am Mitte März zehn Prinzipale gleich 10 000 M. für eine Unterstützungsaktion der „Zeitschrift“ zur Verfügung stellen — „Diogenes der Jüngere“ kann nun nicht mehr über den angeblich sterbenden Kranken, in Wirklichkeit aber kerngesund, „Korr.“ insauern —, zeugt doch auch noch von „Geld unter den Kloten“. Am allermeisten kontrastieren jedoch der Abbausimmel auf dem Kollendorfsplatz und die guten Ausschüßwünsche nehmende Überminimumbezahlung im Reiche.

Herabsetzung der Preise, nicht künstlich niedrige gehaltene Löhne, Produktionshebung — diese drei Programmpunkte des zweiten Vorsitzenden vom DBB. am Mitte Januar (siehe in Nr. 21 an dieser Stelle) sollen zum Abschluß unserer tarifvertraglichen Reflexionen noch einmal Betonung finden. Stadtrat Sceneemann wird als ihr Verkünder durch die Hauptvorstandssitzung des DBB. am 10. und 11. März wie durch die Konferenzen von Groß- und Kleindruckern am 21. Februar, ebenfalls in Berlin, darüber wohl stark forciert worden sein. Der Preisabbau ist, wie die hier vorausgehenden Artikel über die Preisentwicklung im Buchgewerbe darzulegen haben, ad acta gelegt worden. (Der Bund der hemigraphischen Anstalten hat Ende Februar eine Preisermäßigung um durchschnittlich 25 Proz. einzutreten lassen!) Die Preisunterbietungen nehmen dafür aber aufsteigende Linie. So ist das Leben: In Deutschland haben die führenden Prinzipale eine Heidenangst vor dem Preisabbau, weil es dann mehr Aufträge gibt und die gewerbliche Reservearmee als Druckpunkt gegenüber den Gefiltsforderungen verschwindet. In Kopenhagen aber haben die Buchdruckerbesitzer trotz eingetretener Lohnerhöhung die Druckpreise vorberhand auf ein halbes Jahr unverändert gelassen. Während in Österreich eine Lebensmittelverteuerung um 2 Proz. genügt zur Festsetzung höherer Löhne für Gehilfen und Faktoren, ignoriert man in Deutschland einfach solche Verteuerungen, und der ehemalige Faktorenvorsitzende legte sich mächtig als Prinzipalunterhändler in die Klemme, seinen früheren Kollegen die erforderlichen Verbesserungen in jedem Betracht zu verweigern. Am 28. März findet eine Tagung der Vereinigung der Provinzdruckdrucker und gleichgesinnten Zeitungsverleger in Berlin statt; der Reichslohntarif soll von ihnen wiederum eine Abgabe erhalten und die regionale Tarifregelung auf den Schluß erhoben werden. Wenn man von den Verhandlungen des Hauptverbandes des DBB. sofort einen Vorbericht herausgab, um der Buchdruckerwelt schnellstens kund und wissen zu tun, daß die im letzten Halbjahre sich abgelebten tariflichen Vorwommisse und Verhandlungen einmütige Billigung gefunden haben, so dokumentiert sich darin eine Bescheidenheit mit den tariflichen „Erfolgen“, die dem DBB. sonst nicht zu eigen ist. Das den beiden Vorsitzenden, insbesondere aber Herrn Generaldirektor Dr. Woelfel, ausgesprochene Vertrauensvotum läßt erst den richtigen Rückschluß zu, wie weit das Vertrauen zur Tarifpolitik des DBB. erschüttert ist. Das Vertrauensvotum ändert aber nach unserer Kenntnis der Dinge wenig an der großen Verstimmlung insonderheit Herrn Generaldirektor Dr. Woelfel gegenüber. Wenn eine Persönlichkeit wie der frühere langjährige erste Vorsitzende Dr. Altkhardt an dem Generalausscherrungsblitz eine so scharfe Kritik üben konnte, dann gibt es nachträglich nicht mehr viel zu erwidern. Die „Schriftweise der Redaktionshelden im „Korr.“, wie der mit seinem Latein am Ende befindliche Polsterjan in der „Zeitschrift“ uns jetzt „lachlich“ erwidert, hat wesentlich dazu beigetragen, allgemein zu erkennen, daß vieles faul ist im Staate Dänemark. Aber wir haben auch schon gesagt, daß wir schweigen können, wenn nur einigermaßen die Kirche im Dorfe gelassen wird; s. B. haben wir zu der ausführlichen Darstellung der Ortsausschlagsverhandlungen in der „Zeitschrift“ kein Wort gesagt, weil der Artikelschreiber, durch einen gewissen Umstand frei in seiner Beurteilung, eine objektive Schilderung gab. Wenn aber unter dem Einfluß der Oberzensurbehörde der „Zeitschrift“ die erörterten zwei Artikel aus dem „Wochenblatt für den Deutschen Buchhandel“ durch einen andern, höher stehenden Strategen einer Persönlichkeit ausgehoben werden, die den Arbeitermetreien im Buchdruckgewerbe sehr nahe stehen soll und an anderer Stelle geklagt wird, daß die Verleger „auf dem Wege über die Geiltsenschaft“ die Prinzipale in preistariflicher Beziehung Mores lehren wollen und sonst zum Ausdruck gekommen ist, die Redakteure des „Korr.“ könnten die Einbeziehung im „Wochenblatt“ gar selbst besorgen haben, dann sieht man erst, wie arm der DBB. an geistigen Potenzen ist. Als wir erst in dieser Woche die Nummern des „Wochenblatts“ vom 21. und 25. Februar zu Gesicht bekamen, haben wir uns bekreuzigt. Einzelne Stellen mit ihrer Kritik an der Lohnpolitik der Gehilfen und den Traumen des „Korr.“ machen es nämlich sonnenklar, daß der Artikelschreiber im „Wochenblatt“ recht weit von der Buchdruckergehilfsenschaft zu luchen ist, höchstwahrscheinlich selber Verleger sein wird. Wer überhaupt nur etwas buchdruckerhistorischen Sinn hat, sieht gar keine Verbindung von der Gehilfs- zur Verlegerschaft. Tagessen haben zum „Korr.“ auch Prinzipale, Geschäftsführer und Oberfaktoren Vertrauen, wir nehmen nur großen Ärger des DBB. solche Stimmen auf — den Muszauer Radiobücher bemerkten wir nur als humoristisches Einschüßel — und gedenken sie auch fernher mit der Stabskraft der Gehilfschaft zu verbinden, um die drei Parolen des zweiten Vorsitzenden des DBB.: Herabsetzung der Preise, nicht künstlich niedrige gehaltene Löhne, Hebung der Produktion, dennoch durchzuführen. Dann werden wir auch stabile und schnelle tarifliche Verhältnisse haben!

Zu den kommenden Lohnverhandlungen

Der erste Stoß der Unternehmer, der an sich zermürbten und sozialistischen Arbeiterschaft ihr Diktat aufzuwaschen und mit dem Abtuch zu beargern, ist erloschen und ist durch die Machtverhältnisse nicht ohne Erfolg geblieben. Kein Wunder. Hier eine zerrissene Arbeiterschaft und auf der andern Seite das zusammengebaute Kapital. Die Tragik der Arbeiterschaft liegt eben in der Zersplitterung.

Wirtschaftskrisen haben bis jetzt stets die Arbeiter ausgelöst. Im besondern die Buchdrucker können davon ein Liedchen in den letzten Tagen singen. Die härteste Auswirkung war in den letzten Monaten nach dem Ruhrkampf. Rigoros wurden die Kollegen auf die Straße geworfen. Keinesfalls durfte die nicht zuletzt durch den Staat erhaltene und vermehrte Substanz angegriffen werden. Das Geschrei der Prinzipale nach Vermehrung der Produktion ist zur Genüge bekannt, die Melodie immer dieselbe. Die Substanz der Arbeiter gilt ihnen nur so lange etwas, als sie Mehrwerte aus ihr pressen können.

Nachdem sich nun die Buchdrucker von dem ersten Schreck erholt haben und die Verhältnisse ein wenig durchschauen, gewinnt man wieder Vertrauen und alter Kampfesmut macht sich bemerkbar. Es könnte sich bald zeigen, daß der Traum der Unternehmer, die Gewerkschaften seien ihre Erledigung gefunden hat. Es ist festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe nachgelassen hat und sogar an Spezialkräften ein Mangel besteht. Durch den Reichstagswahlkampf wird die Geschäftstätigkeit noch mehr gehoben. Jahrelang haben wir hören müssen, daß das Gewerbe durch die schlechte Konjunktur Löhne wie die der andern Arbeiterschaft nicht tragen könne. Zählnehrigend haben wir uns meistens zufriedener. Es dürfte nun angenommen werden, daß von den Gewinnen, die die Prinzipale jetzt machen, sie auch ihrer Arbeiterschaft ein Pflichtenstück zukommen lassen, d. h. so viel, daß sie ein menschenwürdiges Dasein fristen kann und dadurch wieder Freude an ihrem Berufe findet, die auf alle Fälle durch die verböhrte Einstellung der Prinzipalvertreter nicht gehoben werden kann. Es ist schon so und wird auch so bleiben, daß durch Gutmütigkeit vom Kapital nichts zu erwarten ist. Alles muß ihm abgerungen werden. Letztlich muß durch Kampf die Position der Arbeiterschaft wieder gehoben werden. Schon vor den letzten Lohnverhandlungen hörten wir, daß der Lohn erhöht werden sollte. Ein Trugschluß. Auch jetzt wieder munteln prominente Prinzipalvertreter von einer nominellen Anpassung der Löhne zu Ende März an den Friedensstand. Das wäre bei dem unverkennbaren Ansehen der Preise das Wenigste, was man erwarten könnte. Auch dann fehlt uns immerhin noch eine schöne Stange Geld, um den realen Wert des Friedenslohnes zu haben. Hoffen wir das Beste.

Es ist schon lange her, daß man im „Korr.“ etwas über den Lohn der Maschinenseher gelesen hat, die bekanntlich zweimal gerupft worden sind. Stets haben sie ihre berechtigten Forderungen zurückgestellt, wenn es galt, dadurch der Gesamtkollegenchaft zu dienen. Allenfalls werden Spezialkräfte gesucht. Mehr und mehr findet die Seksmaschine in den kleinsten Druckereien Einlaß. Der Prinzipal braucht ja auch nur 7 1/2 Proz. Aufschlag zu geben. Er hat eine billige Arbeitskraft, die ihm tariflich dreimal so viel leisten muß als ein Handfeger. Er freut sich, daß die fehlenden 17 1/2 Proz. ihm als Mehrgewinn zugutekommen. Daß durch die feste Einführung von Seksmaschinen Handfeger freigegeben werden, dürfte sich m. E. nachweisen lassen. Ich glaube nicht daran, daß sich eine Ausdehnung des Gewerbes im ganzen bemerkbar macht und somit alle Kollegen ihr Unterkommen im Beruf finden. Haben wir jahrelang im Interesse der Ruhe auf unser moralisches und historisches Recht nachgedrungen verzichtet, so ist es jetzt an der Zeit, das man sich auch hiermit bei den nächsten Lohnverhandlungen befaßt. 17 1/2 Proz. weniger als früher, ist auf die Dauer nicht tragbar. Die Buchstabenstellung ist dieselbe geblieben. Der Mehrwert fließt nur dem Kapital zu. Bei Ablehnung der berechtigten Forderung, den Zuschlag um die fehlenden Prozente zu erhöhen, kann es nur eins geben: wie der Lohn so die Arbeit. Hoffen wir das Beste.

Köln.

der.

Das Maß ist voll!

Der 1. März hat uns wieder einmal enttäuscht. Wie schwer muß es wohl allen denen gefallen sein, die statt einer Lohnaufbesserung einen Abzug (durch niedrigeren Lokalaufschlag) auf dem Lohnzettel feststellen mußten?

Ich fragte viele von unsern Arbeitsbrüdern: Wie kommst du zurecht mit deinem Lohn? Und immer dasselbe hörte ich als Antwort: „Schlecht!“ Wer ist daran schuld? „Wir selbst!“ Warum sind wir dann aber so gleichgültig in all den Dingen? „Weil wir durch Krieg, Inflation und Arbeitslosigkeit fast zermürbt sind.“

In jeder Arbeiterbrust aber glüht noch ein Funke, und wenn am Abtag noch der Lohnfennis einseitig werden muß für die ganze Woche, da wird der Funke zur Flamme! Ein ehrlicher Born entzündet gegen eine Menschenseite, die jetzt wieder auf Kosten des schaffenden Volkes Reichthümer aufbaunt. Nicht genug damit, sie verlangen von unterernährten und zermürbten Arbeitern mehr Arbeitsinteresse. Dazu haben diese Herren jedoch kein Recht, wenigstens nicht eher, als bis sie uns einen Lohn zahlen, der uns die Möglichkeit gibt, als w e r k l i c h e M e n s c h e n leben zu können.

Nach unsrer Not fragen die Prinzipale überhaupt nicht mehr. Kollegen, verzeiht das mal! Das Maß ist voll, die Erbitterung ist groß. Laßt diese nicht am Gesaiten und Maschinen verdingen, sondern acht in die

Versammlungen. Nicht zum Parteigang, sondern zum ernsten Mitarbeiten für den großen Kampf, der ja doch einmal ausgetragen werden muß. Wir müssen wieder die alte Lehre denken lernen, wieder an etwas Großes glauben können, und das soll der Kampf sein, der alle wieder geschlossen um das Verbandsbanner führen soll. Ein jeder hat das Recht, gerechte Kritik an der Verbandsleitung zu üben, aber er hat auch die Pflicht als Verbandsmitglied mitzuarbeiten, indem er den Säuglingen und Mißmachern den Kopf ordentlich zurechthutet und nichts unversucht läßt, um sie wieder als ideale Kampfgesellen für unsere gemeinsame Not zu gewinnen. Bedenkt immer: Einzelne sind wir nichts, geschlossen sind wir alles!

Datum, Kollegen, mache ein jeder seinem Herzen Luft. Im ganzen Reihe muß ein Grollen und Donnern einsetzen, das es die im andern Lager deutlich vernehmen. Das soll das Signal sein, daß die Masse reif ist. Unsere Gehilfenvertreter müssen bei den nächsten Verhandlungen eine angemessene Forderung aufstellen und die wird dann durchgesetzt. Das sind wir auch unsern Arbeitslosen schuldig; wenn diese endlich wieder in die Produktion eingereiht werden, müssen sie einen anständigen Lohn bekommen. Ihr Gehilfenvertreter, denkt an die steigenden Preise (Fleisch schon teilweise um 50 Proz.), denkt an die zu erwartenden großen Preissteuern!

Erfurt.

9.

Das Gebot der Stunde

Eine Gewerkschaftsorganisation soll eine Kampforganisation sein. Leben heißt kämpfen. Die da immer fragen: Wieviel Unterstützung gibt es, das sind nicht die richtigen Kämpfer. Nur in äußerster Not soll die Organisation beistehen. Es gibt nicht wenige Kollegen, die glauben, keinen Finger rühren zu müssen, um zu besseren Verhältnissen zu kommen; alles Heil erwarten sie von der Organisation, die es machen soll. Es gibt Kollegen, die so faul sind, ich muß es gerade heraus sagen, daß sie noch nicht mal den „Korr.“ abonnieren — gerade die Saumseligsten, die ihn am nötigsten hätten, die für alles andre Geld haben, nur für ihre ureigensten Interessen nicht.

Betrachten wir nun einmal unsern Lohn, so muß betont werden, daß derselbe eines Buchdruckers unwürdig ist; 27 M. für einen gelehrten Buchdrucker ist ein Jammerlohn. Es mag mir doch einmal ein Prinzipal vorkommen, wie er hier im besetzten Gebiet mit Familie durchkommt. Wir sehen nun, wie gegenwärtig in den Betrieben überall vollauf zu tun ist, verdient wird auch, neue Maschinen werden aufgestellt usw.; nur für den armseligen Buchdruckergehilfen hat man nichts übrig.

Muß das so sein? Soll der Gehilfe sich noch länger für soundso viel an die Spitze des Lohnes von 27 M. herumladen? Es muß wenigstens dahin kommen, daß man sich richtig ernähren kann, sonst soll den ganzen Buchdruckerberuf der Teufel holen. Das ewige Hinausschieben der Lohnfrage durch unsere Prinzipale muß aufhören! Diese kennen nur ihre eignen Interessen, wir haben das Recht. Es wird da immer gefaselt von Lohnabbau, jedoch die Preise werden so hoch gehalten, daß man die Gehilfen viel höher bezahlen müßte. Man sträubt sich jedoch dagegen, und da muß der Kampf einsetzen. Vieles kostet doch das Doppelte.

Unser Gewerbe lag schwer darnieder. Nun aber wieder mehr Arbeit da ist, muß auch der Gehilfe wieder richtig bezahlt werden für seine Arbeit. Er darf nicht zurücksehen hinter andere Gewerbegruppen. Datum: Geschlossen, einig unter uns, jeder den „Korr.“ abonnieren! Unsere geistige Waffe darf unter keinen Umständen bei einem Verbandsmitglied fehlen. Treu der Organisation, und wie ein Mann hinter unsern Führern stehend. Unter diesen Devisen können wir wieder dahin kommen, wo wir einst gestanden: als Pioniere der deutschen Arbeiter.

Pirmasens.

H. Becker.

Die notleidenden Zeitungsverleger

Nicht ohne berechtigten Groll im Herzen wird die Kollegenschaft den Artikel des Kollegen Hummel (Hambura): „Die notleidenden Prinzipale“, in Nr. 23 des „Korr.“ gelesen haben, der in drastischer Weise einige Hamburger Inflations- und Konjunkturgewinnler aus dem Buchdruckgewerbe, die auf Kosten ihrer täglich besahlten Arbeiter im sonnigen Staften die „wohlverdienten“ Erholung suchen, an den Pranger stellt. Ob diese notleidenden Herren ihre Vertreter auch wohl beauftragt haben, bei den nächsten Lohnverhandlungen wieder einen 20prozentigen Lohnabbau zu beantragen?

Wenn nun Kollege H. die Frage aufwirft, ob die Notlage des Buchdruckergewerbes in andern Städten ebenso dokumentiert wird in Staften, so sei hier ein Fall aus Offenbach a. M. erwähnt, der in noch grellerem Maße die Not der armen Zeitungsverleger, die gegenwärtig goldene Zeiten haben, illustriert. Es ist der Verleger der „Offenbacher Zeitung“ (Werner Dohand), der „Kleine Scherl“ genannt, der erst vor kurzer Zeit von einem dreiwöchigen Wintersport aus der Schweiz zurückkehrte, sich nun seit einigen Tagen mit seiner Gattin auf der „Kübel nach Lauenburg“ befindet. Die Schweiz ist diesen Herrschaften schon nicht mehr standesgemäß, seitdem ihnen von den ausländischen Kurorten bedeutet wurde, sie möchten nach Deutschland zurückkehren und dort für die hunderten Kinder sorgen.

Das gesamte Personal erhält in fünf Jahren nicht so viel an Lohn, als diese Wölfe, die sich monatlich und bis nach Jerusalem ausbeuten soll, kostet. Und während nun dieser Herr mit seiner Gattin sich in Genoa auf einem mit raffinierten Luxus ausgeschatteten Vergnügungs-

dampfer nach Kairo einschiffen, schüften seine armen Seherlein bei Müllbüdler und noch längerer Arbeitszeit in einem allen hygienischen Bestimmungen höhnischprechenden veralteten Betrieb unter Aufsicht eines recht frommen, seinem Herrn und Meister treuergebenen Oberfaktors, der noch niemals mehr als Dissenbacher Porteseufelkeußi gerochen hat, schreibt sein Gesehrbakter immer wieder Artikel über die deutschen Prasser im Auslande und die „Rassies auf Auslandsreisen“ Was sagt wohl der Vertreter des Tarifkreises III dazu; glaubt er jetzt noch, wie bei einer örtlichen Verhandlung in Frankfurt ein Prinzipalvertreter einmal meinte, daß es Prinzipale gebe, die die ganze Woche nicht einmal Fleisch essen könnten? Von den Maschinen, Autos usw., die sich diese Konjunkturgewinnler auf Kosten billiger Arbeitskräfte zulegen, sei hier gar nicht geredet.

Ein Wunsch besetzt uns Kollegen alle: Wann wird der Tag kommen, an dem wir uns von dieser Kapitalistenherrschaft frei machen? Offenbach a. M. H. B.

Korrespondenzen

Jena. In unserer Generalversammlung am 2. Februar erstattete Vorsitzender R. L. o. p. e. r den Jahresbericht. Das vergangene Jahr war ein Jahr der Enttäuschungen in jeder Beziehung. Er erwähnte vor allem unser brüßliches Vorgehen und gebelte dann das Beginnen der Unternehmung, die Gehilfen durch Schläge auf den Magen müde zu machen. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Schriftführers, der ablehnte, wiedergewählt. Einstimmig wurde beschlossen, das „Korr.“-Obligatorium so einzuführen, daß die Druckerkassierer für jeden Kollegen ein Exemplar bei der Post bestellen. Die Hälfte des Bezugspreises hat jeder an den Druckerkassierer zu zahlen.

th. Mü. a. M. (Jahresgeneralversammlung am 26. Januar.) Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besinnt sich die Kölner Kollegenschaft endlich, den Versammlungen ein andres Gepräge zu geben, als es seither der Fall gewesen ist. Hatten wir doch, wie Vorsitzender J. a. n. s. e. n ausdrücklich bemerkte, wieder einmal eine gutbesuchte Versammlung zu verzeichnen. So soll und muß es auch für die Folge sein, wenn das Vereinsleben aufs neue erflarten soll. Nachdem zunächst der geschäftliche Teil (Aufnahmen und Ausschluß usw.) seine Erledigung gefunden, konnte zur Erbrung weiterer Jubilare geschritten werden. Es sind dies die Kollegen Otto J. a. n. s. e. n (40jähriges), Joseph W. d. e. r, August B. o. n. a. r. d., Karl D. h. o. n. a. u., Karl G. a. m. e. r. d. i. n. g. e. r., Hermann S. a. j. s. h., Leopold F. i. c. h. e. r. l. a. n. d., Leonhard K. r. o. l. e. n. b. e. r. g. e. r., Karl K. r. i. e. g., August M. ü. b. l. i. a. n., Otto P. i. c. a. r. d. t., Franz S. a. f. a. r. o. w. s. k. y., Peter S. c. h. m. i. k. (25jährig). Kollege Jansen dankte den Kollegen für ihre Treue zum Verbands, die jungen Kollegen aufzufordern, in die Fußstapfen der Alten zu treten. Nach einer Abarreichung des Ehrendiploms gedachte nunmehr auch Gaudorfkeher Verttram der Jubilare, ebenso im Namen des Gesangsvereins „Gutenbergs“ Kollege Georg B. o. n. a. r. d., worauf im Namen der Jubilare Kollege August B. o. n. a. r. d. dankte. Daß auch der „Gutenbergs“ durch eine recht schöne Lieber den Ehrenabend verschönte, sei noch ganz besonders erwähnt. Auf den Vortakt folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. In längeren Ausführungen brachte dieser ein getreues Spiegelbild alles dessen, was uns das vergangene Jahr an Gutem und Schlechtem gebracht hat. Mit der Mahnung, die Augen offen zu halten und den kommenden Ereignissen standhaft entgegenzutreten, schloß der Vorsitzende seinen Bericht, der von den Anwesenden mit spontanem Beifall aufgenommen wurde. Mit der Erledigung der Beitragsfrage (vom 27. Januar an werden wöchentlich 1,05 Goldmark erhoben, um den ausgesetzten und konditionslosen Kollegen besser unter die Arme greifen zu können) und der Ausstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl fand die Versammlung ihren Abschluß.

Leipzig. (Drucker.) In der Generalversammlung am 28. Januar gab Kollege T. h. o. m. a. s. einen kurzen Bericht über die im vergangenen Jahre im Interesse unserer Spartenbewegung geleistete Arbeit. Eine lebhafteste Debatte knüpfte sich daran. Die von den Berliner Druckerkollegen an den Verbandsvorstand gestellten Forderungen wurden durch Antrag einstimmig auch zu denen der Leipziger Drucker erhoben. Die einseitige Auslegung der vereinbarten Richtlinien von seitens der Steinbruderorganisation in Bezug auf die Besetzung der Offsetmaschine auch durch Buchdrucker wurde scharf verurteilt. Der Punkt „Uenwahlen“ ergab die einstimmige Wiederwahl des Vereins wie auch des Kreisvorstandes. Mit der Aufforderung, auch im neuen Vereinsjahre rege mitzuarbeiten im Interesse unserer Spezialorganisation schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

München. (Maschinensetzer.) Die Jahresgeneralversammlung am 27. Januar des Bezirksvereins Münchener Maschinensetzervereinigung am 27. Januar war sehr gut besucht. Trotz hoher Wohnpreise wohnten mehrere auswärtige Spartenkollegen der Versammlung bei, was hier noch ganz besonders Anerkennend bemerkt sein möge. In den Ausschuss, der gleichzeitig auch als Gaudorfkeher der Bayerischen Maschinensetzervereinigung zu fungieren hat, wurden u. a. die Kollegen J. o. s. e. p. h. L. y. s. als erster Vorsitzender und S. a. l. v. e. r. m. o. s. e. r. als Kassierer gewählt. Die Versammlung befaßte sich u. a. auch mit den die Maschinensetzer betreffenden neuen Vereinbarungen und gab ihrer lebhaften Enttäuschung darüber Ausdruck, daß entgegen dem durch Schiedsspruch ursprünglich ausgesprochenen 10prozentigen Zuschlag nunmehr nur noch 7 1/2 Proz. das Ergebnis der nachträglichen Verhandlungen geblieben ist. Die Kollegen sind einhellig der Auffassung, daß die „besonderen Bestimmungen“ für die Maschinensetzer und ihre Entlohnung der Aus-

fluß einer unfairen Konjunkturpolitik unster Unternehmertums sind. Für Minimallöhne aber Maximalleistungen, zu denen eben auch die noch nebenbei verlangte sorgfältige konstruktive Behandlung der Schmalzmaschine gehört, zu bieten (Beseitigung von manchmal sehr schwierigen Störungen), hieße dem kurzfristigen Vorgehen unserer Unternehmer noch eine besondere Prämie verleihen. Aus dieser Erwägung heraus nahm die Versammlung von einer weiteren Aufstellung der Technischen Kommission einstimmig Abstand. Mit diesem Beschluß ist der Tätigkeit von Maschinen-seherkollegen ein Ende gesetzt, die in all den langen Jahren ihres belehrenden und das technische Können und Wissen ihrer Spartenkollegen fördernden Wirkens eine solche Unsumme für den Unternehmer gewinnbringender Arbeit geleistet haben, daß es geradezu beschämend wirkt, als Äquivalent die gegenwärtige Lohnstellung der Maschinenseher anzuführen zu müssen!

se. Schöwin i. M. (Maschinensehervereinigung Mecklenburg-Vorpommern) Am 27. Januar hatten wir unsere Jahreshauptversammlung, die in Anbetracht der Kassenverhältnisse ohne Delegationen aus den Bezirksorten abgehalten werden mußte. Der Jahresbericht gab auch diesmal Kunde von niedergebender Konjunktur im Buchdruckgewerbe und deren Auswirkungen, die den Bericht aus dem Jahre 1922 noch weit übertreffen. Die neuen Währungsverhältnisse und die auflebende Wirtschaft berechtigen aber auch hier zu besseren Hoffnungen. In der Aussprache zur tariflichen Lage kam mit dem Hinblick auf unsere günstigere Position in früheren Jahren besonders zum Ausdruck, daß uns die jetzigen Abmachungen keineswegs befriedigen können. Die gegenwärtige Nachtopposition des Unternehmertums im allgemeinen habe seine Ursache vornehmlich in der Uneinigkeit und Interessenlosigkeit der Arbeiterschaft während der Inflationskrisis. In der Aussprache wurde dies allgemein bestätigt, besonders bei der Besprechung der Verhältnisse in den einzelnen Druckereien. Zwei hiesige größere Zeitungsbetriebe lassen in dieser Beziehung manches zu wünschen übrig. Es wurde beschlossen, eine besondere Versammlung einuberufen, zu deren Besuch jedes Mitglied verpflichtet werden und in der über diese Angelegenheiten endgültig verhandelt werden soll. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde eine Erhöhung des Beitrags allgemein anerkannt und beschlossen. Die Besprechung einiger technischer Fragen haben der sehr anregend verlaufenen Versammlung einen interessanten Abschluß.

vorsichtshalber noch zwei Mitglieder des Angestelltenrates gekündigt. Die Erledigung des Restes der Angestelltenvertretung verlagte man bis zur Neuwahl. Diese sollte Anfang März vor sich gehen. Nachdem die beiden Organisationen der Angestelltenchaft, der Zentralverband der Angestellten und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, ihre Listen aufgestellt hatten, begann das Kesseltreiben der Geschäftsleitung gegen die einzelnen Kandidaten. Einzelne mußten sie bei der Geschäftsleitung erscheinen und wurden dort aufgefodert, ihre Kandidatur zurückzuziehen mit dem Hinweis auf etwaige „Konsequenzen“. Bis zum Ende des Monats Februar hatte der Herr Assessor es trotzdem nicht fertig gebracht, die Angestellten zum Umfallen zu bringen. Da letzte er dann am Tage vor Ultimo den Kandidaten und Listenvertretern ein Ultimatum, bis zum Ultimo, mittags 1 Uhr, ihren Rücktritt zu erklären. Noch vor Geschäftsfluß erhielten sechs Kollegen (je drei von jeder Liste), darunter der jetzige Obmann des Angestelltenrates, die Kündigungen. Unter den Kündigten befindet sich ein Angestellter, der der Firma 30 Jahre Dienste geleistet hat. Die Neuwahl des Angestelltenrates sollte auf jeden Fall verhindert werden, daher mußte man die Überzeugten mühe machen. Mit den Kündigungen allein war dies nicht zu erreichen. Die Firma versuchte auch, die Wahl zu sabotieren, indem sie den Druck der Vorschlagslisten, den sie sonst besorgt hatte, verzögerte. Als die Angestellten nunmehr zur Selbsthilfe schritten, die Listen vervielfältigen ließen und sie zum Ausschuss brachten, wurden am gleichen Tage drei von den Kündigten ohne Angabe von Gründen fristlos entlassen. Darunter befand sich auch der Angestellte mit 30jähriger Tätigkeit bei der Firma. Die Erzeugung der Angestelltenchaft wurde von dem sonst sehr haushälterischen Geschäftsleiter durch eine zehnprozentige Zulage für das gesamte Personal abgedämpft. Der Jurist Schauer hat, wie er wohl glaubt, sein Spiel gewonnen. Tatsache ist, daß die Neuwahl unmöglich gemacht wurde. Aber mit den Vorgängen dürfte sich wahrscheinlich das Gericht eingehender beschäftigen, und es wird sich dabei herausstellen, wie weit dieser Jurist Recht in Unrecht verwandelt hat.

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl. In einem bedeutsamen Aufruf des ADGB, der in Nr. 11 der „Gewerkschaftszeitung“ erschien, wird zunächst darauf hingewiesen, daß die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, bei den Reichstagswahlen nicht abseits stehen könnten. Handele es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes. In politischer Beziehung wird in dem Aufruf die Erhaltung und Verteidigung der Republik als Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen bezeichnet, mit denen die Arbeiterklasse in den Wahlkampf eintritt. Nur ein republikanisch-demokratisches Deutschland leiste Bürgerschaft gegen neue Kriegsgefahren und für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Beiträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Wiederherstellungspolitik. Ausführlich werden sodann die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften dargelegt, unter denen die Erhaltung der Arbeitskraft an erster Stelle steht. Zu diesem Zweck müsse der gesetzliche Achtstundentag wieder hergestellt werden. Die staatliche Lohnpolitik müsse darauf gerichtet sein, Arbeitern und Angestellten einen auskömmlichen Lohn zu sichern. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie sei durch einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln zu fördern. Der Arbeitslosigkeit müsse durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Produktion vermindert und die drückende Not durch eine gerechte Arbeitslosenunterstützung gemindert werden. Durch Überführung von Erwerbslosen in die Land- und Steidungswirtschaft würden gleichzeitig die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert. Das Arbeitsrecht und namentlich das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer seien weiter auszubauen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung. Die bestehende Wohnungswirtschaft dürfe nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohnneinkommens abgebaut werden. Den Bestehenden müßten dieselben Steuerlasten auferlegt werden wie den Lohnarbeitern. Mit einem Appell, diese Forderungen in allen Betrieben und Versammlungen zu besprechen und sie allen demjenigen vorzulegen, die sich um die Stimmen der Arbeiterschaft bemühen, schließt der vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu begründende Aufruf.

Sofort bei der Post den „Korr.“ bestellen! In der nächsten Nummer wird beim Monatswechsel nur durch sofortiges Abonnieren Änderung vertrieben. Ein jeder abonnierte den „Korr.“ bezugspreis 0,20 Goldmark für den Monat. Insektengebühr 8 Pfennige extra.

Allgemeine Rundschau

Gelegenheit zur Vorbereitung auf den Redakteurberuf. Das Märische Technikum für Buchdrucker in Leipzig beabsichtigt, die in den letzten Jahren ausgenommenen redaktionellen Übungen im Laufe der nächsten Zeit zu einer Fachklasse für Redakteure auszubauen. Damit soll eine Ausbildungsmöglichkeit geschaffen werden, die insbesondere den Wünschen vieler Provinzbuchdrucker entsprechen soll. Aus diesem Grunde sind die praktischen Lehrfächer und Vorträge so aufgebaut, daß Schüler mit den verschiedensten Vorkenntnissen daran teilnehmen können. Für die Vorträge über Politik und ökonomische Meinungen sind Dr. Schöne vom städtischen Presseamt, über Kunstkritik und Feuilleton Dr. Morawitz, Leiter der städtischen Bühnenhallen, über Zeitungsgeographie Dr. Postwits vom Buchmuseum in Leipzig gewonnen worden.

Zur Erhöhung der Beamtengehälter. In einer Volksversammlung des Reichsrats am 18. März wurde über die neuen Vorschläge zur Erhöhung der Beamtengehälter berichtet, die die Reichsregierung dem Reichsrat gemacht hat. Diese wählten von den früheren Vorschlägen, die bereits mit den Ländern gemeinsam vereinbart worden waren, sans erheblich ab. Es handelt sich darum, daß die Grundgehälter der Beamten um 13 Proz. erhöht werden sollen, während der frühere Regierungsvorschlag nur 10 Proz. vorsah. Ferner sollen nach dem neuen Vorschlag die Ortszuschläge erhöht werden auf 80 Proz. von drei Vierteln der Wohnungsgelder, die im Frieden gezahlt wurden. Endlich sollen die sozialen Beihilfen erhöht werden, und zwar die Kinderszuschläge auf 15, 16 und 17 M., also um 2,50 M. pro Monat gleich 20 Proz., die Frauenaufgabe von 7 auf 8 M. monatlich, was eine Steigerung um rund 14 Proz. bedeuten würde. Die endgültige Entscheidung über die neuen Gehaltsätze der Beamten wird erst in den nächsten Tagen fallen, nachdem die Vertreter der Länder mit ihren Regierungen in Verbindung getreten sein werden.

Beseitigung von Betriebsvertretungen auf „kaltem Wege“. Den reaktionären Praktiken der Firma Scherl in Berlin, die schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt hat, wurde kürzlich die Krone aufgesetzt durch das, was sich diese Firma unter Führung ihres Juristen, des Assessors Schauer (der auch bei tariflichen Vereinbarungen für das Buchdruckgewerbe sich hinwiegend als „Friedensengel“ zu betätigen pflegt), kürzlich geleistet hat. Dem „Vorwärts“ wurde aus Angestelltenkreisen über die neue Heldentat geschrieben: Nachdem im November vorigen Jahres infolge des Buchdruckerstreiks der Arbeiterrat auf das Straßensystem gestossen war, verjagte man mit allen Mitteln, auch den Angestelltenrat zu beseitigen. Die Firma stellte vorerst beim Schlichtungsausschuss gegen den Vorsitzenden des Angestelltenrates Antrag auf Abkündigung. Da die Abkündigung hier nicht durchzubringen war, setzte man den Angestelltenratsobmann ohne Angabe von Gründen Anfang Januar auf die Straße. Um die nachträgliche Zustimmung des Angestelltenrates zur Entlassung zu erhalten, wurde

Briefkasten

H. B. in G.: Thema kann erst nach den Lohnverhandlungen an die Reihe kommen. — D. G. in G.: Demnach. — G. B. in R. und andre: Es sind am Abschluß dieser Nummer viele Artikel eingegangen, über die wegen Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch keine Entscheidung getroffen werden konnte. Die Lohnartikel haben jetzt den Vorrang. Die andern Sachen kommen je nach der Dringlichkeit der Materie und den vorhandenen Raumverhältnissen an die Reihe. Alles wird gar nicht unterdrückt sein. Qualitätsarbeiten erhalten den Vorrang. — E. & S. in D. in D.: Die fachliche Besprechung derartiger Eingelassungen Ihrer Firma würde uns zu weit führen. — A. G. in W.: Wenden Sie sich an den Kollegen E. Sieg, München, Columbusstraße 1. — S. J. in W.: Tel. 470: 920 M. — E. G. in G.: Tel. 471: 170 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Carlshof Nr. 1192. Vertretungskonto: Berlin Nr. 102387 (H. Schwinke)

Der Reichsverband der Buchdrucker und Schriftsetzer hat am 6. April 1923 ein Schreiben an den Reichsverband der Buchdrucker und Schriftsetzer in Leipzig geschickt. Der diesjährige 5. Tagung findet am den Freitag den 11. März in Leipzig statt. Die Tagung beginnt am 1. März beim Hauptabend in Leipzig.

Der Reichsverband der Buchdrucker und Schriftsetzer hat am 6. April 1923 ein Schreiben an den Reichsverband der Buchdrucker und Schriftsetzer in Leipzig geschickt. Der diesjährige 5. Tagung findet am den Freitag den 11. März in Leipzig statt. Die Tagung beginnt am 1. März beim Hauptabend in Leipzig. Die Delegiertenwahl soll in der Regel am 4. bis 10. März vorgenommen werden. Näheres darüber geht den Bezirksverbänden zu. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die monatlichen Statistiken nicht mehr an den Bezirkssekretären, sondern mit der Abrechnung an den Bezirksleiter gelangt werden sollen.

